



Universität Hamburg

DER FORSCHUNG | DER LEHRE | DER BILDUNG

Historisches Seminar

56-249 Übung:

**Die Umsiedlung der deutschen Minderheiten aus Osteuropa im Zweiten Weltkrieg –
die Institutionen der nationalsozialistischen Umsiedlungspolitik 1939 bis 1945.**

Wintersemester 2009/2010

Die Umwandererzentralstelle des Reichssicherheitshauptamtes
von der Umsiedlung zur Vertreibung und Vernichtung

Seminararbeit von Peter Rose
Hamburg, 6. April 2010

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung – Die Ausgangslage in Polen im Herbst 1939.....	2
2. Wissenschaftliche Unterstützung der Umsiedlungspläne.....	3
3. Gründung und Aufgaben der Umwandererzentralstelle	5
4. Planung und Koordination der Deportationen durch die UWZ.....	6
5. Verfahren der Umsiedlungen	7
5.1. Vertreibung und Deportation in der Praxis.....	8
5.2. „Wiedereindeutschung“ / Zwangsgermanisierung	9
6. Probleme und Einschränkungen bei den Deportationen.....	10
7. „Karrieresprungbrett“ Umwandererzentralstelle	12
8. Fazit.....	13
Literaturverzeichnis.....	15

1. Einleitung – Die Ausgangslage in Polen im Herbst 1939

Nach dem militärischen Sieg über Polen am 6. Oktober 1939 wurden die westlichen Gebiete Polens dem Deutschen Reich angegliedert. Die hier beheimateten Polen wurden teilweise sofort in Richtung Osten vertrieben, die polnische Führungsschicht wurde in Konzentrationslager verbracht oder gleich ermordet. Die zurückbleibende einheimische Bevölkerung war weitestgehend rechtlos der Willkür deutscher Behörden ausgesetzt. Deutsch wurde die einzige Amtssprache, alle polnischen Orts- und Straßennamen wurden durch deutsche Namen ersetzt.¹ In den angegliederten Gebieten wurden polnische Schulen, Theater, Museen, öffentliche Bibliotheken, Buch- und Zeitungshandlungen und alle anderen kulturellen Einrichtungen geschlossen und der Gebrauch der polnischen Sprache verboten.²

Die neu gegründeten Reichsgaue wurden als „Exerzierplatz für den Nationalsozialismus“³ angesehen und es sollte auf der Grundlage der rassistischen NS-Ideologie eine deutsche und nationalsozialistische Mustergesellschaft entstehen. Um dieses Ziel zu erreichen, war es aus Sicht der Planer notwendig, deutsche Minderheiten aus Osteuropa, die so genannten „Volksdeutschen“, in den neuen Reichsgebieten anzusiedeln. Die Assimilierung der polnischen Bevölkerung war grundsätzlich nicht erwünscht, denn die Polen galten in der NS-Ideologie als rassistisch minderwertig und sollten lediglich als billiges Arbeitskräftereservoir ausgebeutet werden.⁴ Den Rahmen dieser brutalen Besatzungspolitik steckte der „Führer“ und Reichskanzler Adolf Hitler am 17. Oktober 1939 vor Vertretern des Oberkommandos der Wehrmacht und der Reichsministerien ab: Es müsse ein „harter Volkstumskampf“ geführt werden, der „keine gesetzlichen Bindungen“ gestatte. Restpolen, das sogenannte Generalgouvernement, solle es ermöglichen „das alte und neue Reichsgebiet zu säubern von Juden, Polacken und Gesindel“, so der deutsche Reichskanzler.⁵

Diese in den Augen der NS-Führung notwendige „rassische Flurbereinigung“ wurde unter der Federführung des am 7. Oktober 1939 zum Reichskommissar zur Festigung des deutschen Volkstums (RKF) ernannten Reichsführers SS (RFSS) Heinrich Himmler geplant und organisiert. Himmler sah die Weiten des Ostens als Aufnahmegebiet eines stetigen Stroms junger, arischer Menschen an. Sie sollten als Bauernfamilien das „deutsche Wesen“ und die „deut-

¹ Urban, Thomas: Der Verlust. Die Vertreibung der Deutschen und Polen im 20. Jahrhundert, München 2004, S. 52f.

² Evans, Richard J.: Das Dritte Reich, Bd. III Krieg, München 2009, S. 54.

³ So sah es jedenfalls Arthur Greiser, der Gauleiter des Warthelandes. Zitiert nach: Urban: Verlust, S. 60.

⁴ Urban: Verlust, S. 52f.

⁵ Broszat, Martin: Nationalsozialistische Polenpolitik 1939-1945, Frankfurt am Main 1965, S.25.

sche Effektivität“ immer weiter nach Osten tragen.⁶ Die nationalsozialistische Planung sah von West nach Ost einen deutschen, einen polnischen und einen jüdischen Siedlungsgürtel im deutsch besetzten Teil Polens vor.⁷ Um Platz für die Volksdeutschen zu schaffen, ordnete Himmler am 30. Oktober 1939 an, dass in den folgenden vier Monaten alle 550.000 Juden und „eine noch vorzuschlagende Anzahl besonders feindlicher polnischer Bevölkerung“ aus den annektierten polnischen Westgebieten abgeschoben werden sollten. Insgesamt rechnete Himmler hier mit einer Anzahl von mehr als einer Million umzusiedelnder Menschen.⁸

2. Wissenschaftliche Unterstützung der Umsiedlungspläne

„Die Wissenschaft kann nicht einfach warten, bis sie gefragt wird, sie muß sich selber zu Wort melden“ meinte der Mediävist Hermann Aubin im September 1939.⁹ Das Projekt, Deutschland – und später ganz Europa – völkisch neu zu ordnen, hat eine enorme Faszination auf deutsche Intellektuelle, Akademiker und Wissenschaftler ausgeübt. Nun glaubte sich der Philosoph an der Macht, der Arzt konnte sich als uneingeschränkter Gestalter menschlichen Lebens sehen, der Historiker war in der Position Weltgeschichte zu machen.¹⁰

Es wurden im Zeitraum zwischen Oktober 1939 und Januar 1940 zahlreiche Entwürfe zur Umsiedlung und Neuordnung für das besetzte Polen erstellt. Die Schwerpunkte dieser von deutschen Wissenschaftlern erstellten Planungen waren die „Eindeutschung“ der besetzten Gebiete Westpolens, die „Abschiebung“ polnischer und jüdischer Bevölkerung nach Restpolen und die „Neubesiedlung“ der eingedeutschten Gebiete durch volksdeutsche Bevölkerungsgruppen aus Osteuropa. Insgesamt sollte also versucht werden, die Ansiedlung hunderttausender „Volksdeutscher“ mit der Umsiedlung der Polen und Juden ins Generalgouvernement zu synchronisieren.¹¹

Die sogenannte „Ostforschung“ sollte den nationalsozialistischen Expansionsplänen Hilfestellung leisten und Möglichkeiten der praktischen Durchführung entwickeln. Der Historiker Theodor Schieder¹² empfahl in einer Denkschrift – welche Himmler am 7. Oktober 1939 vor-

⁶ Esch, Michael: Die Umwandererzentralstelle im besetzten Polen in: Migration steuern und verwalten hg. von: Oltmer, Jochen, Osnabrück 2003, S 192f.

⁷ Browning, Christopher: Der Weg zur „Endlösung“. Entscheidungen und Täter, Reinbek 2002, S. 17.

⁸ Aly, Götz: „Endlösung“. Völkerverschiebung und der Mord an den europäischen Juden, Frankfurt am Main, 1999, S. 65.

⁹ Zitiert nach: Aly: „Endlösung“, S. 16.

¹⁰ Wildt, Michael: Generation der Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes, Hamburg 2003, S. 867.

¹¹ Alberti, Michael: Die Verfolgung und Vernichtung der Juden im Reichsgau Wartheland, Wiesbaden 2006, S.88.

¹² Nach dem Krieg gehörte Schieder zu den einflussreichsten Historikern der Bundesrepublik Deutschland.

gelegt wurde¹³ – die Umsiedlung von großen Teilen der polnischen Bevölkerung aus den angegliederten Gebieten Westpolens in das Generalgouvernement, um Platz für eine Besiedlung durch Volksdeutsche zu schaffen. Um den Transfer der Polen zu erleichtern, plädierte Schieder für eine „Herauslösung des Judentums“ aus den polnischen Städten und als nächsten Schritt für die völlige „Entjudung“ des Generalgouvernements. Während Hitler und Himmler noch an die Deportation der polnischen Juden in ein Reservat in einem Gebiet um Lublin im östlichen Teil des Generalgouvernements dachten, schlugen der Schieder und seine Kollegen bereits eine territoriale Lösung in Übersee vor, die einige Monate später von der NS-Führungsriege im sogenannten „Madagaskarplan“¹⁴ aufgegriffen wurde.

Professor Otto Reche, ein Anthropologe und Rasseforscher, schrieb eine detaillierte Denkschrift mit dem Titel „Leitsätze zur bevölkerungspolitischen Sicherung des deutschen Ostens“, die über hohe SS-Vertreter offenbar bis zu Himmler gelangte. Die Grundgedanken dieser Arbeit unterschieden sich kaum von denen, die Schieder entwickelt hatte. Reche stellte sich auf den Standpunkt, dass es den zu vertreibenden Polen gestattet werden sollte, ihre bewegliche Habe mitzunehmen, „bei den Juden wird man weniger weitherzig verfahren dürfen“. Über diese Studien weit hinausgehend betrieb Professor Konrad Meyer-Hetling, ein Spezialist für demographische Großraumplanung, intensive Forschungen für Himmlers Umsiedlungsprojekte, die später in den sogenannten „Generalplan Ost“ mündeten.¹⁵

Die groß angelegten Pläne, welche zum Ziel hatten, die angegliederten Gebiete zu germanisieren, erforderten die Ausschaltung der polnischen Eliten, den Transfer von Volks- oder Reichsdeutschen in die neuen Gebiete und damit einhergehend die Vertreibung der dort lebenden Polen und Juden. Einige wenige „glückliche“ Polen, vor allem Kinder, würde man als zur germanischen Rasse gehörend in die deutsche Volksgemeinschaft integrieren. Der umfassende Gesamtplan wurde aus pragmatischen Gründen später in mehrere „Nahpläne“ aufgeteilt und ab Ende 1939 teilweise umgesetzt.¹⁶

¹³ Dieses war der Tag der Ernennung Himmlers zum Reichskommissar zur Festigung des deutschen Volkstums.

¹⁴ Friedländer, Saul: Die Jahre der Vernichtung. Das Dritte Reich und die Juden. Zweiter Band 1939 – 1945, München 2006, S. 107: Nach diesem Plan sollte die Insel Madagaskar, die zum besiegten Frankreich gehörte, das Ziel sein, wohin „nach dem Kriege sämtliche Juden aus Europa zu evakuieren“ seien, wie Hitler seinem Botschafter in Paris anvertraute.

¹⁵ Ebd., S.58ff.

¹⁶ Ebd.

3. Gründung und Aufgaben der Umwandererzentralstelle

Die zentrale Lenkung und Planung dieser gigantischen Umsiedlungsaktion hatte Himmler zunächst dem Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes (SD) in Krakau, SS-Brigadeführer¹⁷ Bruno Streckenbach, übertragen. Nach einigen Wochen gingen die Umsiedlungsplanungen an das Reichssicherheitshauptamt (RSHA) über, dass nun neue Pläne mit herabgesetzten Umsiedlungszahlen ausarbeiten ließ.¹⁸

Am 28. November 1939 teilte der Chef der Sicherheitspolizei und des SD Reinhard Heydrich den Höheren SS- und Polizeiführern (HSSPF) in den neuen Ostgebieten mit, dass auf Befehl des RFSS die „Räumung von Juden und Polen in den neuen Ostprovinzen durch die Sicherheitspolizei durchgeführt“ wird und das RSHA die zentrale Planung vornehme.¹⁹ Der HSSPF Koppe hatte in Posen bereits am 11. November 1939 einen Sonderstab „für die Evakuierung und den Abtransport der Polen und Juden in das Generalgouvernement“ gebildet.²⁰

Zu seinem Sonderreferenten für die Evakuierung berief Heydrich im Dezember den damaligen SS-Hauptsturmführer²¹ Adolf Eichmann als Leiter des Referats IV D4 (Räumungsangelegenheiten und Reichszentrale für jüdische Auswanderung), welches 1941 umbenannt wurde in „Referat für Juden- und Räumungsangelegenheiten“ (Referat IV B4).²² Eichmann hatte schon erste Erfahrungen bei der Vertreibung der jüdischen Bevölkerung aus Wien bzw. dem Protektorat Böhmen und Mähren gesammelt und galt daher als Logistikexperte für Umsiedlung- bzw. Vertreibungsmaßnahmen. Bei der Umsiedlungsplanung wirkte außerdem maßgeblich der Obersturmbannführer²³ Dr. Hans Ehlich, Abteilungsleiter für Volkstumsangelegenheiten (Abt. III/B) im Amt III des RSHA, mit.²⁴

Aus dem Sonderstab „für die Evakuierung und den Abtransport der Polen und Juden in das Generalgouvernement“ wurde bald das „Amt für die Umsiedlung von Polen und Juden“, welches dann im April 1940 – die eigentlichen Aufgaben verschleiern – in Umwandererzentralstelle (UWZ) umbenannt wurde.²⁵ Die neugegründete UWZ des RSHA war sozusagen das Pendant zu der bereits bestehenden Einwandererzentralstelle (EWZ), welche die Ansiedlung der „Volksdeutschen“ organisieren sollte.

¹⁷ Der SS-Dienstgrad Brigadeführer entspricht dem Dienstgrad Generalmajor in der Wehrmacht.

¹⁸ Broszat: Polenpolitik, S.85.

¹⁹ Ebd.

²⁰ Aly: „Endlösung“, S. 68.

²¹ Der SS-Dienstgrad Hauptsturmführer entspricht dem Dienstgrad Hauptmann in der Wehrmacht.

²² Broszat: Polenpolitik, S.85.

²³ Der SS-Dienstgrad Obersturmbannführer entspricht dem Wehrmachts-Dienstgrad Oberstleutnant.

²⁴ Broszat: Polenpolitik, S.86.

²⁵ Aly: „Endlösung“, S. 68.

4. Planung und Koordination der Deportationen durch die UWZ

Die UWZ sollte den gesamten Ablauf der Deportationen von Polen und Juden aus den eingegliederten Ostgebieten in das Generalgouvernement zentral koordinieren, in der Praxis gelang diese angestrebte Zentralisierung der Deportationen jedoch nur teilweise.²⁶ Die Umsiedlungsaktionen wurden bevorzugt in die Wintermonate gelegt, um den landwirtschaftlichen Anbauzyklus möglichst wenig zu stören. Es war vorgesehen, die eingesetzten Eisenbahnzüge effektiv zu nutzen: Sobald Transporte polnischer Deportierter im Generalgouvernement die Eisenbahnzüge verlassen hatten, sollten dann diese Züge, z.B. von Warschau, eine entsprechende Anzahl Volksdeutscher in die neuen Reichsgaue Danzig-Westpreußen und das Wartheland transportieren.²⁷

Der Volkstumsbeauftragte des RSHA Dr. Hans Ehlich legte im November 1939 einen Plan zu den Umsiedlungszielen vor. Nach einem sogenannten „Fernplan“ sollten aus den annektierten polnischen Gebieten sämtliche nicht „eindeutschungsfähige“ Personen in das Generalgouvernement deportiert werden, worunter sämtliche Juden, „Zigeuner“ sowie der größte Teil der Polen fielen. Die neuen Reichsgebiete sollten in einer ersten Phase zu 50 Prozent „eingedeutsch“ werden. Das bedeutete bei etwa 1,1 Millionen Volksdeutschen, die bereits in diesen Gebieten lebten, die Ansiedlung weiterer 3,4 Millionen deutschstämmiger Menschen. Außerdem sollten sogenannte Wehrbauernhöfe in tausenden neuen Dörfern errichtet werden. Die Umsetzung war allerdings erst innerhalb von fünf Jahren nach einem Friedensschluss geplant.²⁸

Am 28. November 1939 intervenierte Heydrich aus Berlin und reduzierte den „Fernplan“ drastisch auf kurzfristige Aufgaben, die dann als „Nah- und Zwischenpläne“ bezeichnet wurden. Dem ersten Nahplan für den Warthegau zufolge waren laut Heydrich „so viel Polen und Juden abzutransportieren, dass die hereinkommenden Baltendeutschen untergebracht werden können.“ Weil man die Zahl der anzusiedelnden Baltendeutschen auf etwa 40.000 schätzte, sollten bis Mitte Dezember 1939 die doppelte Anzahl polnischer und jüdischer Bevölkerung „evakuiert“ werden. Den anzusiedelnden „Volksdeutschen“ wurde also etwa doppelt so viel Land und Wohnraum zugedacht wie den vertriebenen Polen. Der HSSPF des Warthegaus Wilhelm Koppe und sein Sonderstab für „Evakuierung“ standen nun vor der gewaltigen Aufgabe in weniger als drei Wochen 80.000 Menschen in das Generalgouvernement zu deportieren. In einer Art vorausseilenden Gehorsams übertrafen sie das gesteckte Ziel und ließen bis

²⁶ Esch: Umwandererzentralstelle, S 192f.

²⁷ Ebd.

²⁸ Alberti: Verfolgung und Vernichtung, S.89.

zum 17. Dezember 1939 in 80 Eisenbahnzügen insgesamt 87.833 Menschen ins Generalgouvernement abtransportieren.²⁹

Der erste Nahplan sah die Vertreibung von denjenigen Polen vor, die aufgrund ihrer politischen Ansichten oder ihrer gesellschaftlichen Stellung zuerst aus den neuen Reichsgauen entfernt werden sollten oder weil sie Besitz hatten, der für die zuziehenden Baltendeutschen gebraucht wurde. Um das Soll von 80.000 zu deportierenden Personen zu erreichen, musste von den zuständigen Behörden „auf Juden zurückgegriffen werden“ – die Zahl der im Zusammenhang mit dem ersten Nahplan deportierten Juden ist nicht genau bekannt. Der zweite Nahplan sah zunächst die „restlose Erfassung sämtlicher Juden ohne Rücksicht auf Alter und Geschlecht in den Deutschen Ostgauen und deren Abschiebung in das Generalgouvernement“ vor.³⁰ Bis Ende April 1940 sollten demnach 600.000 Juden – also täglich etwa 5000 – deportiert werden. Organisieren sollte die Transporte Adolf Eichmann, der mittlerweile zum Sonderreferenten des RSHA für Juden- und Räumungsangelegenheiten ernannt worden war und gemeinsam mit Dr. Hans Ehlich für die UWZ verantwortlich zeichnete. Abweichend vom ersten Entwurf des zweiten Nahplans rechnete Eichmann ohne eine Erklärung dafür abzugeben mit „nur“ 350.000 zu deportierenden Juden. Bei den geplanten Deportationen unterschied Eichmann nun genau zwischen Polen, die zu „evakuieren“ und Juden, die mit Vorrang zu deportieren seien.³¹

5. Verfahren der Umsiedlungen

Auf die Meldung, wie viele „Herdstellen“ – also Wohnungen – für volksdeutsche Siedler benötigt würden, wurden Listen aufgestellt, welcher Kreis des Siedlungsgebietes wie viele polnische Einwohner auszusiedeln hatte. Bei der Auswahl spielten in erster Linie ökonomische Aspekte eine Rolle, wie z.B. Land und Ausstattung der Höfe oder Zustand der Werkstätten. Die UWZ überprüfte diese Auswahl dahingehend, ob versehentlich „deutsches Blut“ auf die Listen geraten war und entschied über die Rückstellung „kriegswichtiger“ oder „am Aufbau des Warthegaus arbeitender“ Polen.³²

Zunächst wurden die Polen, deren Höfe und Werkstätten für deutsche Siedler vorgesehen waren, in ein Durchgangslager gebracht. Hier wurden sie auf Waffen und Wertgegenstände durchsucht. Danach wurden die Familien hinsichtlich ihrer „rassischen“, körperlichen und

²⁹ Browning, Christopher: Die Entfesselung der „Endlösung“. Nationalsozialistische Judenpolitik 1939-1942, Berlin 2006, S. 83.

³⁰ Ebd., S. 88f.

³¹ Ebd., S. 90

³² Esch: Umwandererzentralstelle, S 196.

beruflichen Qualitäten untersucht und selektiert. Nachgefragte Arbeitskräfte wurden dem Arbeitsamt übergeben, das die weitere Verteilung innerhalb des Warthegaus oder in das Altreich übernahm. Die nach der Grobauslese zunächst als „rassisch gut“ befundenen Familien wurden in ein Lager des Rasse- und Siedlungshauptamts (RuSHA) verbracht und einer eingehenden rassischen Untersuchung unterzogen. Diejenigen Polen, die dort als „eindeutschungsfähig“ angesehen wurden, erhielten Fremdenpässe und wurden ins Altreich deportiert; die übrigen wurden in die Lager der UWZ rücküberstellt und in das Generalgouvernement abgeschoben.³³

5.1. Vertreibung und Deportation in der Praxis

Polizeieinheiten, teilweise auch von der Wehrmacht unterstützt, räumten die Häuser und Wohnungen der einheimischen Bevölkerung mit großer Brutalität. Wer Widerstand leistete oder einen Fluchtversuch unternahm, wurde erschossen oder erschlagen. Die überfallartig aus ihren Häusern getriebenen Bewohner bekamen nur wenig Zeit zum Packen, mitnehmen durften sie lediglich 30 Kilogramm Gepäck inklusive Verpflegung für 14 Tage und außer 20 Zloty Bargeld durften keine weiteren Wertgegenstände mitgenommen werden.³⁴ Alle anderen in den Wohnungen befindlichen Wertgegenstände wurden von den zuständigen deutschen Behörden beschlagnahmt – die Vertriebenen verloren somit ihr gesamtes Vermögen.³⁵ Eine Polin, die als Kind die Vertreibung aus ihrem Elternhaus in einem Dorf bei Posen erlebte, erinnerte sich wie folgt: „Am 20. November 1939 jagten sie uns nachts auf den Markt raus. Meine Mutter hatte die Wäsche eingeweicht, und wir wussten nicht, was wir mitnehmen sollten, da alles nass war. [...] Die Deutschen sperrten uns in der alten Mühle ein und nach drei Tagen brachten sie uns weg. [...] Meine Schwester nahm nicht einmal die Schuhe mit, sie lief nur in Hausschuhen.“³⁶

Bis Dezember 1939 wurden auf ähnliche Art und Weise fast 88.000 Personen aus dem Warthegau vertrieben.³⁷ Die Menschen wurden in Güterwagen zusammengepfercht, die Eisenbahnzüge sollten sie ins die östlich gelegenen deutsch besetzten polnischen Gebiete, in das so genannte Generalgouvernement, bringen. Im Winter blieben die Züge bei starkem Frost oft auf offener Strecke stehen, so dass die Fahrt ins Generalgouvernement bis zu zwei Tage dau-

³³ Vgl.: Wolf, Gerhard: Rassistische Utopien und ökonomische Zwänge: die rassischen Selektionen polnischer Arbeitskräfte durch die SS in den Lagern der Umwandererzentralstelle, in: Jah, Akim; Kopke, Christopher, Korb, Alexander; Stiller, Alexa: Nationalsozialistische Lager. Neue Beiträge zur NS-Verfolgungs- und Vernichtungspolitik und zur Gedenkstättenpädagogik, Münster 2006, S. 137f.

³⁴ Broszat: Polenpolitik, S.94.

³⁵ Urban: Verlust, S. 62f.

³⁶ Zitiert nach Urban: Verlust, S. 63.

³⁷ Esch: Umwandererzentralstelle, S 194.

ern konnte und zahlreiche Vertriebene unterwegs erfroren sind. Im Sommer litten die Deportierten unter großer Hitze, so dass bei länger dauernden Transporten viele Todesopfer zu beklagen waren, die entweder einen Hitzschlag erlitten oder verdurstet sind – in der Regel waren diese Opfer Kleinkinder oder alte Menschen. Im Generalgouvernement angekommen, wurde ein Teil der Vertriebenen zunächst in Notunterkünften untergebracht, in denen meist entsetzliche hygienische Verhältnisse herrschten. Viele Vertriebene wurden einfach auf freier Strecke ausgesetzt und mittellos sich selbst überlassen. Himmler befahl, dass Polen, die ausgesiedelt worden waren und beim Versuch in das Reichsgebiet zurückzukehren aufgegriffen wurden, sofort standrechtlich zu erschießen seien.³⁸

Die polnische Bevölkerung wurde vertrieben, um Platz für die „Volksdeutschen“ aus dem Baltikum, Wolhynien, der Bukowina und Bessarabien zu schaffen – die „heim ins Reich“ geholt werden sollten. Die Vertreibung der polnischen Bevölkerung und der anschließende Einzug der „Volksdeutschen“ lief meist so oder ähnlich ab, wie ein Zeitzeuge berichtete: „An einem Abend wurde ein polnisches Dorf umstellt von einer Gruppe SA-Männern [...] und kurz vor Mitternacht wurden die Leute aus den Betten herausgejagt. Dann kam der Befehl, binnen einer halben oder dreiviertel Stunde mit einem Gepäck von 30 Kilogramm reisefertig zu sein. Es wurde dort furchtbar gehaust. Heiligenbilder, Kruzifixe wurden zerbrochen und in den Kehricht geworfen. Die Polen mussten in ihren eigenen Wagen in die Kreisstadt fahren und kamen dort hinter Stacheldraht. In der Kreisstadt warteten bereits Volksdeutsche, die man woanders geholt hatte. Die Volksdeutschen wurden dann auf dieselben Wagen geladen, in denen die polnischen Familien gekommen waren.“³⁹ In einem anderen Bericht heißt es: „Das Entsetzen der meisten Umsiedler war echt und nur zu verständlich: ‚In gestohlene Wohnungen sollen wir einziehen und gestohlene Kleider tragen?‘“⁴⁰ Es gab vermutlich aber auch viele Deutsche, die sich bedenkenlos an dem enteigneten Besitz der Polen bereichert haben.

5.2. „Wiedereindeutschung“ / Zwangsgermanisierung

In einem Erlass vom 12. September 1940 hatte Himmler die Notwendigkeit einer rassischen Siebung auf „Wiedereindeutschungsfähige“ festgestellt und den betreffenden Personenkreis auf ca. 1 Mio. Menschen geschätzt.⁴¹ Beim sogenannten Wiedereindeutschungsverfahren ging es laut Himmler darum, „einerseits, rassisch wertvolle Familien dem deutschen Arbeitseinsatz

³⁸ Urban: Verlust, S. 64

³⁹ Ebd., S. 65.

⁴⁰ Zitiert nach Urban: Verlust, S. 65.

⁴¹ Heinemann, Isabel: „Rasse, Siedlung, deutsches Blut“. Das Rasse- & Siedlungshauptamt der SS und die rassenpolitische Neuordnung Europas, Göttingen 2003, S. 282.

zuzuführen, andererseits, dem polnischen Volkstum diejenigen nordisch bestimmten Familien zu entziehen, aus den sich erfahrungsgemäß die polnische Führungsschicht in der Hauptsache zu ergänzen pflegt.“⁴² Die SS überzeugte den Gauleiter des Warthelandes Greiser eine sogenannte „Deutsche Volksliste“ (DVL) zu erstellen, in die nach festgelegten Kriterien „eindeutschungsfähige“ Polen aufgenommen werden sollten. Dieses System der „Wiedereindeutschung“ bzw. Zwangsgermanisierung wurde am 4. März 1941 auf sämtliche besetzte Gebiete übertragen.⁴³ Die nach der Grobauslese der UWZ als „rassisch gut“ befundenen Familien wurden in ein Lager des Rasse und Siedlungshauptamt (RuSHA) verbracht und einer eingehenden rassischen Untersuchung unterzogen. Wenn diese Feinauslese positiv ausfiel, wurden die Menschen zur „Eindeutschung“ – was de facto „zur Arbeit“ hieß – ins Altreich gebracht.⁴⁴

Viele „rassisch wertvolle“ Polen waren nicht erfreut über die Aussicht deutsch werden zu können, in den UWZ-Sammellagern ging die Parole um: „Lieber ein Bettler als ein Deutscher“.⁴⁵ Am 15. Mai 1940 weigerte sich im UWZ-Sammellager in Litzmannstadt ein ganzer Saal wiedereindeutschungsfähiger Polen die für die Ausreise ins Altreich erforderliche Unterschrift unter die Fremdenpässe zu setzen. In einem Aktenvermerk des Kommandanten des Sammellagers heißt es: „Die zur Leistung der erforderlichen Unterschriften aufgeforderten Personen erklärten, daß sie unter keinen Umständen Deutsche werden, sondern lieber im Generalgouvernement verrecken wollen, [...]“. Dieser Protest half den Leuten nicht, sie wurden zwei Tage später zwangsweise zum Landesarbeitsamt Lüneburg „in Marsch gesetzt“.⁴⁶ Am Ende des Krieges waren in der DVL 3 Millionen Menschen erfasst, die eingedeutscht werden sollten.⁴⁷

6. Probleme und Einschränkungen bei den Deportationen

Im Januar und Februar 1940 kam von verschiedenen Seiten heftige Kritik an den Deportationsplänen der SS auf. In Frage gestellt wurden diese Pläne von Vertretern des Generalgouvernements, von Wirtschaftsfachleuten sowie von einigen der betroffenen Gauleiter. Diese Kritik hatte eine erhebliche Reduzierung der geplanten Umsiedlungsmaßnahmen zur Folge.⁴⁸ Der Generalgouverneur Hans Frank lehnte eine weitere Aufnahme von Polen und Juden kate-

⁴² Heinemann: „Rasse, Siedlung, deutsches Blut“, S. 282.

⁴³ Evans, Richard J.: Das Dritte Reich, Bd. III Krieg, München 2009, S. 50.

⁴⁴ Heinemann: „Rasse, Siedlung, deutsches Blut“, S. 286.

⁴⁵ Vgl. Rutherford, Phillip T.: Prelude to the Final Solution. The Nazi Program for Deporting Ethnic Poles, 1939-1941, Lawrence 2007.

⁴⁶ Heinemann: „Rasse, Siedlung, deutsches Blut“, S. 293.

⁴⁷ Evans.: Das Dritte Reich, S. 50.

⁴⁸ Alberti: Verfolgung und Vernichtung, S.148.

gorisch ab. Trotzdem erklärte sich der Polizeichef im Generalgouvernement bereit, noch 40.000 Personen aus dem Warthegau aufzunehmen. Allerdings war selbst die Realisierung dieses Minimalprogramms wegen des kriegsbedingten Mangels an Lokomotiven ungewiss. Weil zu diesem Zeitpunkt etwa 150.000 deutsche Umsiedler im Warthegau erwartet wurden, war die Zahl von 40.000 kurzfristig Deportierten im Rahmen eines Zwischenplans für Eichmann nur ein kleines Notventil. Die für die Umsiedlung von Polen und Juden zuständigen Mitarbeiter einigten sich auf eine vorläufige Alternative zu den Abschiebungen ins Generalgouvernement: Da „die Zahl der in Lodz anzusiedelnden Baltendeutschen auf 15.000 festgesetzt ist“, wird ein Evakuierungsstab „für die Freimachung geeigneter jüdischer Wohnungen“ eingesetzt.⁴⁹ Die ihrer Wohnung beraubten Juden wurden in einem nördlichen Stadtteil untergebracht, in dem ein Ghetto eingerichtet werden sollte. Nur etwa ein viertel Jahr später, am 30. April 1940, wird das erste Großghetto Łódź/Litzmannstadt abgeriegelt. Es waren dort nun 160.000 jüdische Menschen auf engstem Raum unter äußerst schlechten hygienischen Bedingungen eingepfercht.⁵⁰ Die Ghettos sollten lediglich ein Provisorium bis zur Abschiebung der Juden ins Generalgouvernement oder an einen andern Ort außerhalb des Reichs sein, wurden aber mangels Aufnahmekapazität im Generalgouvernement oder anderer Alternativen zu einer Dauereinrichtung. Viele weitere Ghettos für die jüdische Bevölkerung wurden in den besetzten Gebieten eingerichtet, eine nächste Eskalationsstufe auf dem Weg zur „Endlösung“ der Judenfrage war erreicht.

Die Umwandererzentralstelle blieb weit hinter der ursprünglich avisierten Gesamtzahl von bis zu fünf Millionen zu vertreibender Menschen zurück. Nach den Angaben Eichmanns wurden „in der Zeit vom Oktober 1939 bis März 1941 [...] insgesamt 408.525 Polen und Juden aus den eingegliederten Ostgebieten in das Generalgouvernement evakuiert“. Infolge der Verzögerung der Umsiedlungsmaßnahmen saßen im Winter 1940/41 etwa 250.000 „Volksdeutsche“ in 1500 Umsiedlerlagern fest. So entstand ein zunehmender Druck, unter dem Himmler und sein Mitarbeiterstab immer umfassendere Vertreibungs- und Deportationspläne entwickelten. Es blieb bei der Umsetzung der Pläne stets offen, wie eine Frage des Leiters der UWZ Litzmannstadt an Eichmann dokumentiert, was mit den „ausgesiedelten, [...] unerwünschten Volksteilen endgültig geschehen soll, ob das Ziel darin besteht, ihnen ein Leben für dauernd zu sichern, oder ob sie völlig ausgemerzt werden sollen“.⁵¹

⁴⁹ Vgl. Aly: „Endlösung“, S. 80.

⁵⁰ Ebd., S. 92.

⁵¹ Aly: „Endlösung“, S. 18.

7. „Karrieresprungbrett“ Umwandererzentralstelle

Von den Mitarbeitern aus Eichmanns Referat und den untergeordneten Stellen, welche monatelang die Vertreibung der Polen organisierten, wurden viele zu maßgeblichen Protagonisten des später folgenden Judenvernichtungsprogramms. Seit Ende 1941 gehörte zum Aufgabengebiet der UWZ neben der Umsiedlung der Polen auch die „Durchführung von Zweckmaßnahmen gegen Juden und Asoziale“, wie es einer der dort beschäftigten SS-Männer ausdrückte.⁵²

Die UWZ war während ihrer fünfjährigen Tätigkeit direkt verantwortlich für die Vertreibung und Deportation von 904.630 polnischen Einwohnern des Warthegaus. Die Erfahrungen, die UWZ-Mitarbeiter bei der Umsiedlung großer Bevölkerungsgruppen gesammelt hatten, wurden später für den Abtransport der europäischen Juden in die Vernichtungslager genutzt. Während seiner Untersuchungshaft bestätigte Franz Novak, ein Transportoffizier aus Eichmanns RSHA-Amt, die Bedeutung seiner 19-monatigen Tätigkeit bei der UWZ.⁵³ „Alle diese transporttechnischen Erfahrungen wurden schon bei der vor den Juden-Transporten durchgeführten Evakuierung von etwa 500.000 Polen aus den Gebieten Wartheland und Danzig-Westpreußen nach dem Generalgouvernement Polen gemacht.“⁵⁴

Neben der Bereitstellung von Personal mit Erfahrungen in der Transporttechnik, wurden aus der UWZ auch erfahrene Mitarbeiter rekrutiert, welche die „Endlösung“ der Judenfrage vorantreiben sollten: Albert Rapp, der erste Chef der UWZ, war später Kommandant eines Sondereinsatzkommandos, das im Frühjahr 1942 in der Sowjetunion Massenerschießungen der einheimischen jüdischen Bevölkerung durchführte. Gemeinsam mit seinem Vorgesetzten Adolf Eichmann organisierte Hermann Krumej, Leiter der UWZ-Dienststelle Litzmannstadt, die Deportation der ungarischen Juden in das Vernichtungslager Auschwitz. Ein Mitarbeiter aus Krumeys Büro, Siegfried Seidel, wurde 1942 zum Leiter des Konzentrationslager Theresienstadt ernannt. Neben diesen herausragenden „Karrieresprüngen“ ehemaliger UWZ-Mitarbeiter wurden ab Ende 1941 einige Mitarbeiter der UWZ-Belegschaft in Litzmannstadt in das nahe gelegene Vernichtungslager Chelmno/Kulmhof abkommandiert, wo sie an der Ermordung mehrerer Zehntausend Juden beteiligt waren.⁵⁵

⁵² Vgl. Ebda, S. 20f.

⁵³ Rutherford: Prelude to the Final solution, 221f.

⁵⁴ Zitiert nach: Aly: „Endlösung“, S. 106.

⁵⁵ Rutherford: Prelude to the Final solution, S. 221f.

8. Fazit

Die von Himmler als Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums in den Jahren vorgenommenen Bevölkerungsverschiebungen führten unmittelbar zur Vertreibung und Deportation Hunderttausender Polen und Juden – vor allem aus dem Warthegau – in das Generalgouvernement. Die ehrgeizigen Umsiedlungspläne der SS sind zwar ansatzweise verwirklicht worden, aber letztlich konnten die hochgesteckten Planungsziele nie erreicht werden und müssen als gescheitert gelten. Dieses ständige Scheitern aber führte aber nicht etwa zur Besinnung der Planer, sondern zu immer größerenwahnwitzigeren Plänen, die schließlich in den Bau und den Betrieb der Vernichtungslager eskalierten.

Schon seit 1939 gerieten die von SS-Strategen und deutschen Wissenschaftlern erdachten gigantomanischen Projekte der „ethnischen Flurbereinigung“ und der „territorialen Endlösung der Judenfrage“ miteinander in Konflikt und blockierten sich gegenseitig.⁵⁶ Die Schaffung von „Lebensraum“ in den besetzten Gebieten einerseits und die gleichzeitig angestrebte Lösung der „Judenfrage“ war kaum miteinander zu vereinbaren.⁵⁷ Bereits am 17. Januar 1940 erkannte Eichmann „die Schwierigkeiten, die aus der Wechselwirkung zwischen Ansetzung der Volksdeutschen und Evakuierung der Polen und Juden entstehen“.⁵⁸ Durch den Platz- und Wohnraumbedarf der „heimkehrenden Volksdeutschen“ entstanden Sachzwänge, die auch zu einer beschleunigten Deportation der städtischen jüdischen Bevölkerung bzw. zur Errichtung von Ghettos führten.

Die von der UWZ praktizierten brutalen Methoden, mit der Teile der polnischen Bevölkerung aus ihren Wohnungen vertrieben und anschließend in Güterwagons in das Abschiebegebiet im Generalgouvernement abtransportiert wurden, sind später bei der Deportation der europäischen Juden in die Vernichtungslager in ähnlicher Weise angewandt worden.

Bereits in der Anfangsphase der Ansiedlung „Volksdeutscher“ in die neuen Reichsgebiete kam es zum ersten systematischen Massenmord, der auch in den entstanden Sachzwängen der Umsiedlung begründet lag: Um Unterkünfte und Durchgangslager für Umsiedler zu schaffen, wurden mehr als 10.000 kranke Menschen aus psychiatrischen Einrichtungen in Pommern, Danzig-Westpreußen und dem Wartheland mittels Gaswagen und durch Erschießungskommandos ermordet.⁵⁹

⁵⁶ Vgl. Aly: „Endlösung“, S. 14.

⁵⁷ Browning: Der Weg zur „Endlösung“, S.18.

⁵⁸ Zitiert nach Aly: „Endlösung“, S. 21.

⁵⁹ Vgl. Aly: „Endlösung“, S. 114.

Erste Überlegungen zur systematischen Ermordung der polnisch-jüdischen Bevölkerung waren im Sommer 1941 im Umfeld der UWZ angestellt worden. Der Leiter der UWZ Posen Rolf-Heinz Höppner berichtete an Eichmann von einer Besprechung bezüglich der „Lösung der Judenfrage im Reichsgau Wartheland“, die im Amt des Gauleiters Greiser stattgefunden hatte. Nachdem Judentransporte aus Berlin und Wien nicht ins Generalgouvernement sondern in das Ghetto Litzmannstadt erfolgen sollten, befürchteten die Machthaber im Warthegau, dass sich die Ernährungslage im Ghetto Litzmannstadt im Winter dramatisch zuspitzen würde. Es wurde von ihnen deshalb in Erwägung gezogen „die Juden, soweit sie nicht arbeitsfähig sind, durch ein schnell wirkendes Mittel zu erledigen.“⁶⁰ In der Folge wurde die von Greiser vorgeschlagene „Sonderbehandlung von rund 100.000 Juden“ im Wartheland genehmigt und das RSHA stellte den regionalen Dienststellen die erforderlichen Mordmaschinen zur Verfügung. Die Gaswagen wurden gegen Ende November 1941 nach Chelmno/Kulmhof Einsatz gebracht.⁶¹ An diesen Vernichtungsaktionen waren ehemalige UWZ-Mitarbeiter unmittelbar beteiligt.

Wenn in der Tarnsprache der NS-Verwaltung seit Herbst 1941 von „Judenaussiedlung“, „Judenumsiedlung“ und „Judenevakuierung“ gesprochen wurde, obwohl eigentlich deren Ermordung gemeint war, so ist hier auch ein Hinweis auf die Entstehung des Holocaust in den Umsiedlungsdienststellen des RSHA zu erkennen.⁶² So wie der Warthegau damals als „Exerzierplatz des Nationalsozialismus“ angesehen wurde, kann die Umwandererzentralstelle des Reichssicherheitshauptamtes als ein Übungsfeld und als Wegbereiter für die „Endlösung“ der Judenfrage in Europa betrachtet werden.

⁶⁰ Safrian: Adolf Eichmann, S. 141.

⁶¹ Ebd., S.142.

⁶² Vgl. Aly: „Endlösung“, S. 20f.

Literaturverzeichnis

Alberti, Michael: Die Verfolgung und Vernichtung der Juden im Reichsgau Wartheland, Wiesbaden 2006.

Aly, Götz: „Endlösung“. Völkerverschiebung und der Mord an den europäischen Juden, Frankfurt am Main, 1999.

Broszat, Martin: Nationalsozialistische Polenpolitik 1939-1945, Frankfurt am Main 1965.

Browning, Christopher: Die Entfesselung der „Endlösung“. Nationalsozialistische Judenpolitik 1939-1942, Berlin 2006.

Browning, Christopher: Der Weg zur „Endlösung“. Entscheidungen und Täter, Reinbek 2002.

Esch, Michael: Die Umwandererzentralstelle im besetzten Polen in: Migration steuern und verwalten, Hrsg.: Oltmer, Jochen, Osnabrück 2003.

Evans, Richard J.: Das Dritte Reich, Bd. III Krieg, München 2009.

Friedländer, Saul: Die Jahre der Vernichtung. Das Dritte Reich und die Juden. Zweiter Band 1939 – 1945, München 2006.

Heinemann, Isabel: „Rasse, Siedlung, deutsches Blut“. Das Rasse- & Siedlungshauptamt der SS und die rassenpolitische Neuordnung Europas, Göttingen 2003.

Rutherford, Philipp T.: Prelude to the Final solution. The Nazi Program for Deporting Ethnic Poles, 1939-1945, Lawrence 2007.

Safrian, Hans: Adolf Eichmann. Organisator der Judendeportation, in: Die SS: Elite unter dem Totenkopf: 30 Lebensläufe, Hrsg.: Smelser, Roland u. Syring, Enrico, Paderborn 2000.

Urban, Thomas: Der Verlust. Die Vertreibung der Deutschen und Polen im 20. Jahrhundert, München 2004.

Wildt, Michael: Generation der Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes, Hamburg 2003.